**Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses**

Protokoll

56. Sitzung (nicht öffentlich)

14. November 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 13.10 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Bensmann (CDU)

Stenographen: Hezel, Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995)**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 11/7500 und 11/7970

hier: Beratung von Personalpositionen

In einem ersten Durchgang berät der Unterausschuß Personal-
titel in den nachstehenden Einzelplänen auf der Grundlage der
vom Gutachterdienst der Landtagsverwaltung erstellten Unter-
lagen unter Einbeziehung der Ergänzungsvorlage der Landes-
regierung Drucksache 11/7970. Die Beschlußfassung bleibt
einer späteren Sitzung vorbehalten.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994
hz-mj

Seite

Einzelplan 01 - Landtag	2
Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei	2
Einzelplan 09 - Ministerium für Bundesangelegenheiten	3
Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann	4
Einzelplan 03 - Innenministerium zu Kap. 03 110 (Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen)	4

Die personellen Auswirkungen des Gesetzes zur Überleitung von Polizeivollzugsbeamten in die Gruppe A 10 sollen dem Unterausschuß "Personal" umgehend schriftlich mitgeteilt werden.

Der Leiter der Polizeiabteilung, Ministerialdirigent Dr. Möller (IM), sagt dem Unterausschuß des weiteren eine schriftliche Darstellung der Überlegungen des Ministeriums zur Übertragung von vollzugsfremden Aufgaben der Polizei auf Angestellte zu.

Eine solche Darstellung soll auf Wunsch des Abgeordneten Frechen (SPD) auch dem fachlich zuständigen Ausschuß für Innere Verwaltung zugehen.

Schließlich wünscht der Unterausschuß, über die Überstundenentwicklung bei Schutz- und Kriminalpolizei sowie über mögliche Konsequenzen einer neuen Regelung der Wachdienstordnung informiert zu werden.

Ministerialrat Dr. Wild (Finanzministerium) sagt dem Unterausschuß auf Wunsch des Vorsitzenden zu, seinen Mitgliedern

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994
hz-mj

Seite

die wesentlichen Regelungen für die Personalbewirtschaftung
(siehe S. 14 dieses Protokolls) zuzuleiten.

Einzelplan 04 - Justizministerium

14

Der Unterausschuß erbittet

- eine aktualisierte Darstellung der Überlegungen zu einer Verfahrenslösung für die Führung der Handelsregister zu Beginn der nächsten Wahlperiode
- eine Mitteilung der Betreuungsrelationen Gefangene : Bedienstete anderer Bundesländer und anderer Staaten zur Erörterung des Themas "Organisation des Justizvollzugs"
- vom Justiz- wie vom Innenministerium eine detailliertere Stellungnahme zu den zur Abschiebehafte aufgeworfenen Fragen (s. S. 19 f.).

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

21

Die Frage des Abgeordneten Walsken (SPD) nach den Kosten der Mediziner Ausbildung in Bochum im Vergleich zu anderen Medizinischen Einrichtungen soll schriftlich beantwortet werden.

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

26

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

27

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994
hz-mj

Seite

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr 28

2 Verschiedenes 28

a) Ausbringung neuer Stellen als Beamtenplanstellen oder Angestelltenstellen 28

Der Unterausschuß erörtert die vom Abgeordneten Walsken (SPD) aufgeworfene Frage, warum es sich bei den für den Haushalt 1995 beantragten zusätzlichen Stellen jeweils um Beamtenplanstellen oder um Angestelltenstellen handele.

Mit der grundsätzlichen Erörterung der Thematik soll nach Abschluß der Haushaltsberatungen begonnen werden.

b) Beförderungsgeschwindigkeit im mittleren Dienst 30

Vom Abgeordneten Walsken (SPD) wird eine Übersicht über die Beförderungsgeschwindigkeit im mittleren Dienst in den einzelnen Bereichen der Landesverwaltung erbeten.

Nächste Sitzung: Dienstag, 22. November 1994, 14.00 Uhr

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994

hz-mj

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 11/7500 und 11/7970

hier: Beratung von Personalpositionen

Der Unterausschuß "Personal" behandelt in dieser Sitzung Personaltitel von zehn Einzelplänen des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1995. - Der Vorsitzende des Unterausschusses, Abgeordneter Bensmann (CDU), stellt fest, der heutige Termin sei im Einvernehmen mit allen Fraktionen bestimmt worden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN könne jetzt zwar nicht teilnehmen; streitige Punkte der zu erörternden Personalpositionen könnten von den GRÜNEN erforderlichenfalls jedoch noch im Haushalts- und Finanzausschuß angesprochen werden.

Außer den umfangreichen, vom Gutachterdienst erstellten Beratungsunterlagen und den Materialien der Fachressorts sei die Ergänzungsvorlage der Landesregierung Drucksache 11/7970 mitzubehandeln, die den Abgeordneten am vergangenen Freitag zugegangen sei, ferner die vom Gutachterdienst anhand der Ergänzungsvorlage gefertigte, sich auf Stellenplanänderungen beziehende Zusammenstellung. Die Vertreter der Fachministerien würden gebeten, sich zu den in ihren Häusern aufgrund der Ergänzungsvorlage eintretenden Änderungen zu äußern, damit alle personalrelevanten Punkte erfaßt werden könnten. - Von generellen Vorbemerkungen zur Ergänzungsvorlage will Ministerialrat Dr. Wild (Finanzministerium) absehen; die Problematik könne bei den jeweiligen Einzelplänen behandelt werden, unter Umständen mit dem Ziel, die Beratung bis zur Erörterung der Ergänzungsvorlage zurückzustellen.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994
hz-mj

Einzelplan 01 - Landtag

Hierzu trägt der **Vorsitzende** vor, ursprünglich hätten zwei Leerstellen der Besoldungsgruppe B 2 für abgeordnete Beamte aus den Einzelplänen 03 und 08 in den Einzelplan 01 verlagert werden sollen. Dies habe die Ergänzungsvorlage nunmehr korrigiert. -

Zwei weitere Stellen für abgeordnete Beamte sowie eine Angestelltenstelle seien zur personellen Unterstützung der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse bestimmt und stünden der Landtagsverwaltung für die Wahrnehmung laufender Aufgaben nicht zur Verfügung.

Sodann geht der **Vorsitzende** auf den Vorschlag des Gutachterdienstes ein, von zwei Arbeiterstellen der früheren Wirtschaftsbetriebe eine Stelle der Lohngruppe MTL 6 abzusetzen und eine Stelle der Lohngruppe MTL 6 a-5 mit einem kw-Vermerk zu versehen.

Von diesem Vorschlag nimmt der **Unterausschuß** einvernehmlich zustimmend Kenntnis; die Beschlußfassung bleibt einer späteren Sitzung vorbehalten.

Der **Vorsitzende** stellt weiter fest, zu den "Richtlinien über die Beurlaubung von Beamten für Aufgaben bei den Fraktionen" habe der Gutachterdienst dem Unterausschuß den Kabinettsbeschluß vom 10.01.1990 zur Verfügung gestellt, aus dessen Ziffer 5 sich die erwähnte Führung der Leerstellen bei den entsendenden Geschäftsbereichen ergebe. -

Damit ist die erste Durchberatung des Landtagshaushalts abgeschlossen.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Vorab bemerkt der **Vorsitzende**, im Gegensatz zu früheren Haushalten nehme die Zahl der Stellen in Einzelplan 02 nunmehr ab.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994
hz-mj

Zum Entfallen und zur **Zusammenlegung von je zwei Referaten** (Seiten 7 und 8 der Vorlage des Gutachterdienstes) führt **LMR Kerkhof (Staatskanzlei)** aus, der Abbau zweier Referate werde zum 01.01.1995 vollzogen. Zum 31.12.1995 werde die Staatskanzlei vier weitere Stellen nach Ausbringung zweier pauschaler kw-Vermerke streichen; daraufhin sei eine weitere Arbeitseinheit Ende 1995 abzubauen, um die Stellenreduzierung mit der Aufgabenstruktur in Einklang zu halten.

Zu den Aufwendungen für die **Dienstbezüge** der Beamten in Kap. 02 030 - **Europaangelegenheiten** - legt **LMR Kerkhof** dar, in den Personaltiteln des Kap. 02 010 seien die Ansätze für Zulagen und Zuwendungen mit rund 18 % angegeben; sie umfaßten die Ansätze für Weihnachts-, für Jubiläumszuwendungen und für das Urlaubsgeld. Dies reiche für Bedienstete in Brüssel nicht aus, weil dort nach den §§ 52 ff des Bundesbesoldungsgesetzes Auslandszuschläge zu gewähren seien, die sich nach dem Familienstand der dorthin abgeordneten Angestellten und Beamten bemäßen. Diese Zuwendungen nach Bundesrecht betrügen bis zu 6 000 DM pro Monat; es handele sich um Mietbeihilfen, Schulgeldbeihilfen usw., deren Höhe durch den jeweiligen Einzelfall bestimmt werde. Alle in Brüssel tätigen Beamten der Bundesländer würden nach dem Bundesbesoldungsgesetz gleichbesoldet. - Die Zuschläge sollten die enorm höheren Lebenshaltungskosten in Brüssel ausgleichen. -

Hiermit ist die Beratung des Einzelplans 02 beendet.

Einzelplan 09 - Ministerium für Bundesangelegenheiten

Zu der Neueinrichtung einer Stelle der Vergütungsgruppe IV a BAT und der Streichung einer Arbeiterstelle der Lohngruppe MTL 3 a-2 a führt **LMR Lehmann (MBA)** zur Begründung aus, die Angestelltenstelle sei notwendig, um die gestiegenen Anforderungen bei Besucherbetreuung und Veranstaltungen zu erfüllen. Die zusätzliche Kraft der Vergütungsgruppe IV a solle für die Besucherbetreuung im Küchenbereich zuständig sein, da in Zukunft mit mehr und qualifizierteren Veranstaltungen in der Landesvertretung NRW zu rechnen sei. - Die erwähnte Pförtnerstelle könne entfallen, da die Pforte aufgrund einer Neukonzeption ins Haus integriert und der Personaleinsatz im Schichtdienst gestrafft werde. - Keine weiteren Anmerkungen.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994

hz-mj

Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann

Der **Vorsitzende** erkundigt sich nach dem Grund für den in Aussicht gestellten Wegfall des **Botendienstes**. - Hierzu berichtet **LMR Kliege (MGFM)**, dem Zwang zur Einsparung von 2 % der Stellen müßten sämtliche Ressorts entsprechen. Dieser Sparvorgabe könne sich demnach das Ministerium nicht entziehen. So würden aus dem Hausmeister- und dem Pfortendienst Kräfte zur Organisation des Botendienstes abgezogen. - Die beiden Stellen für weibliche Bedienstete der "Mobilen Beratungsstelle für den ländlichen Raum" sollten künftig zur praxisorientierten Unterstützung des geplanten Vorhabens "Dezentrale Hilfen zur Wiedereingliederung von Frauen im ländlichen Raum" eingesetzt werden. Für die nunmehr abgeschlossene Modellphase seien ABM-Kräfte verwendet worden. Nach Umstrukturierung werde im ländlichen Raum die genannte dezentrale Hilfsstelle errichtet. Das Vorhaben werde mit EG-Mitteln kofinanziert. Hiermit seien die - nicht personengleichen - ABM-Kräfte nicht mehr dem Ministerium zuzuordnen; vielmehr werde mit dem Esther-Bildungswerk in Bad Oeynhausen die neue Hilfsstelle geschaffen, die vom Land Sachmittel und Personal erhalte.

Auf Fragen des **Vorsitzenden** und des **Abgeordneten Harms (SPD)** antwortet der **Regierungsvertreter**, die Höhe der Mittel, für die ein Leertitel vorgesehen werde, sei noch nicht genau bekannt. Eine entsprechende Zusage habe das Land erhalten. Die betreffenden EG-Mittel würden erst 1995 verteilt. - Der **Vorsitzende** stellt fest, **Brüssel** habe die Unterstützung der Maßnahme mit 250 000 DM zugesagt, denen rund 300 000 DM Landesmittel gegenüberstünden. Die Angelegenheit werde vom Gutachterdienst überprüft. - Damit ist der erste Beratungsdurchgang bei Einzelplan 11 abgeschlossen.

Einzelplan 03 - Innenministerium

Zum Gesamtüberblick über die 315 Stelleneinsparungen äußert der **Vorsitzende**, davon seien 152 Stellen auf den Einzelplan 13 verlagert. Bei den Bezirksregierungen werde die Stellenzahl um 196, beim LDS um 58 verringert. -

Gemäß Seite 8 der Vorlage des Gutachterdienstes geht **Abgeordneter Bensmann** auf die gravierende **Diskrepanz zwischen veranschlagten Mitteln und Ist-Ausgaben** ein: Bei Titel 422 10 stünden einem Ist 1993 von 41,13 Millionen ein Ansatz 1994

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994
hz-mj

von 30,8 und ein Ansatz 1995 von 31,4 Millionen DM gegenüber. Ähnliches sei bei Titel 425 10 festzustellen. Hier liege eine Unterdeckung von fast 35 % vor.

Dazu erklärt **LMR Stähler (Innenministerium)**, es treffe zu, daß 1993 Differenzen zwischen Ansatz und Verbuchung bestünden. Dies beruhe auf technischen Umstellungsschwierigkeiten. Ab Beginn 1994 sei sichergestellt, daß die Bediensteten der Abteilung VI in den Titelgruppen korrekt erfaßt seien. Die vom Gutachterdienst richtig erkannten vorübergehenden Ungenauigkeiten seien jetzt beseitigt. Offenbar habe die Umstellung Schwierigkeiten verursacht.

Der **Vorsitzende** geht dann auf Kapitel 03 020 - Allgemeine Bewilligungen; Seite 12 der Vorlage - ein. Hiernach werde sich die **Stellenzahl für Auszubildende** gegenüber 1994 um 35 Stellen verringern, obwohl viele Auszubildende keinen Arbeitsplatz hätten.

Zur Beantwortung dieser Frage trägt **MR Müller (IM)** vor, bei dem angesprochenen Ausbildungsgängen handele es sich um reine verwaltungsspezifische Ausbildungen, die sich an den Bedürfnissen der Innenverwaltung orientierten. Die Landesregierung habe am 7.6.1994 beschlossen, nur so viele Anwärter/innen in diesen Ausbildungsgang aufzunehmen, wie dies dem Bedarf entspreche. Wegen der erheblichen Einsparungsnotwendigkeiten müsse die Zahl der Auszubildenden ständig reduziert werden. - Ergänzend bemerkt **Ministerialrat Dr. Wild (FM)**, bis zum Jahre 1990 mit globalem Ausbildungsplatzdefizit habe es im Bereich des Landes eine Ausbildungsoffensive - Ausbildung über den zeitlichen Ersatzbedarf hinaus - gegeben. Heute sei dem gegenüber ein globales Überangebot an Ausbildungsplätzen vorhanden; von daher wäre eine Ausbildung über Bedarf durch das Land nicht mehr zu rechtfertigen. Dies führe zu einer gegenüber 1994 abnehmenden Stellenzahl im Ausbildungsbereich.

Der **Vorsitzende** hebt hervor, nach dem Willen des Unterausschusses sollte Beamtennachwuchs nur entsprechend dem zu erwartenden Bedarf ausgebildet werden. -

Zu **Titel 425 10 des Kapitel 03 020** weist der **Vorsitzende** darauf hin, daß der Ansatz für 1993 lediglich 287 000 DM, der für 1994 jedoch 3,048 Millionen und der für 1995 1,4 Millionen DM betrage. - Hierauf erwidert **LMR Stähler**, der Ansatz

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994
hz-mj

1993 sei offensichtlich zu niedrig; es dürften rund 960 000 DM an Vergütungen für den Ausbildungsbedarf gezahlt worden sein. Offenbar seien Auszubildende von den Beschäftigungsbehörden irrtümlich nicht bei Kapitel 03 020, sondern bei den Kapiteln für die Bezirksregierung bzw. für das LDS gebucht worden. Das Innenministerium werde sicherstellen, daß die Vergütung in Zukunft aus dem Kapitel 03 020 gezahlt werde. Der Ansatz für 1994 dürfte dem Stellensoll gerecht werden; der für 1995 vorgeschlagene Ansatz entspreche der bei der Aufstellung des Haushalts 1995 in Aussicht genommenen Zahl von durchschnittlich rund 80 Auszubildenden.

Auf einen Hinweis des **Vorsitzenden** äußert der für Einzelplan 03 zuständige Referent des Finanzministeriums, **Ministerialrat Dr. Kuhn**, bei den Verhandlungen für 1995 sei dem Ist-1993 Rechnung getragen worden. Zum laufenden Vollzug kann der Redner jetzt nicht Stellung nehmen.

Der **Vorsitzende** meint, das Finanzministerium müßte sich für den Grad der Übereinstimmung von Haushalt und den daraus zu finanzierenden Personen interessieren. Es frage sich, ob dies vom Finanzministerium nicht überdacht worden sei. - Das Spiegelreferat nehme eine solche Überwachung nicht vor, erwidert **MR Dr. Kuhn**. - Derzeit gebe es auch keine generalisierende Kontrolle des Haushaltsvollzugs, räumt **MR Dr. Wild (FM)** ein. Solche Diskrepanzen fielen bei der Erstellung des Haushaltsplans auf und würden vom Spiegelreferat berücksichtigt. - Bei entsprechender Umstellung des Datenerfassungssystems auf Haushaltsüberwachung wäre dies überprüfbar, glaubt der **Vorsitzende**. - Möglicherweise könnten dann entsprechende Eingriffe vorgenommen werden, hebt **MR Dr. Wild** hervor. - Über die in Betracht kommenden Datensysteme sei dem Unterausschuß vor einiger Zeit berichtet worden. Hierzu gebe es aus heutiger Sicht relativ konkrete Termini.

Ergänzend bemerkt der **Vorsitzende**, in Schleswig-Holstein gebe es das genannte Kontrollsystem mit monatlicher Überwachung seit vier Jahren. Zahlreiche Parallelen zu Nordrhein-Westfalen seien hier unübersehbar. - Keine weiteren Anmerkungen.

Zur Seite 15 der Vorlage des Gutachterdienstes kommt der **Vorsitzende** auf die Übertragung von **Polizeiaufgaben auf Angestellte** zu sprechen. - Zur Behandlung dieses Themas wolle der Leiter der Polizeiabteilung, **Ministerialdirigent**

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994

hz-mj

Dr. Möller, anwesend sein. Vor seinem Eintreffen äußert sich dazu **MR Schneider (IM)**: Nach einem Bericht der GdP wären zur Realisierung einer Befreiung der Polizeibeamten von vollzugsfremden Aufgaben rund 1 100 Angestelltenstellen notwendig. Diese Forderung werde auch vom Innenministerium gesehen. Nachforschungen im Ministerium hätten ergeben, daß 1 006 polizeiliche Aufgaben durch zusätzliche Angestellte zum Ersatz von Polizeivollzugsbeamten im Innendienst wahrgenommen werden könnten. Das Innenministerium habe versucht, dies in den Haushaltsentwurf 1995 einzubringen; das sei an der Haltung des Finanzministers gescheitert, der die 1 006 Angestelltenstellen zunächst einmal abgelehnt habe.

Die Frage des **Abgeordneten Frechen (SPD)**, ob die im Innenministerium in dieser Angelegenheit angestellten Recherchen auf das zur Zeit in der Erstellung befindliche Kienbaum-Gutachten zurückgingen, vermag **MR Schneider** nicht zu beantworten. Allerdings sei ihm bekannt, daß die Firma Kienbaum gegenwärtig Untersuchungen über die Aufgaben der Polizei anstelle.

Hierauf wünscht **Abgeordneter Frechen (SPD)** zu erfahren, ob das Organisationsreferat des Ministeriums in der Lage wäre, über das Gutachten Auskunft zu erteilen. - **LMR Stähler** antwortet, in die Untersuchung über die Polizeiaufgaben sei in erster Linie die Polizeiabteilung eingeschaltet, nicht die Abteilung für Haushalt und Organisation. Das Gutachten diene der Entlastung der Polizei durch Aufgabenübertragung auf andere Bedienstete. Wann das Gutachten vorliegen werde, stehe noch keineswegs fest. Der Gutachter habe Probleme bei der Einschätzung polizeilicher Tätigkeiten. Nähere Angaben hierzu könne Dr. Möller machen.

Abgeordneter Frechen (SPD) hat Verständnis dafür, daß der Finanzminister vor Entscheidung über die Anforderung zusätzlicher Angestelltenstellen das Ergebnis des Gutachtens abwarten möchte, das sich auch auf andere Bereiche erstrecke. Sobald die Untersuchungen vorlägen, sollten sie auch im Unterausschuß "Personal" diskutiert werden.

Der **Vorsitzende** empfiehlt, diesen Fragenkomplex - insbesondere die Notwendigkeit zusätzlicher Angestelltenstellen für die Polizei - in Anwesenheit des Leiters der Polizeiabteilung zu erörtern.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994
hz-mj

Zu den **Stellenhebungen bei der Kriminalpolizei** aus dem mittleren in den gehobenen Dienst (s. Seite 21 der Vorlage) trägt **Regierungsdirektor Lischinski (IM)** vor, nach dem Stand vom 1.10.1994 befänden sich noch 356 Beamte/innen der Kriminalpolizei im mittleren Dienst, 212 weniger als am 1.10.1993. Zur Zeit seien 257 Beamte/innen in der Besoldungsgruppe A 9 mit Zulage, 99 in A 9 ohne Zulage. Aus dem mittleren Dienst ausgeschieden oder übergeleitet seien innerhalb des letzten Jahres 168 Beamte der Gruppe A 9 Z und 49 Beamte der Gruppe A 9 ohne Zulage. Hiernach laufe der mittlere Dienst der Kriminalpolizei verhältnismäßig rasch aus. Strukturelle Änderungen dürften den Prozeß noch beschleunigen. Planstellen in der Kriminalpolizei unterhalb A 9 gebe es jedenfalls nicht mehr.

Abgeordneter Frechen (SPD) wünscht zu erfahren, ob bei diesen Zahlen schon das Gesetz zur Überleitung von Polizeivollzugsbeamten in die Gruppe A 10 berücksichtigt worden sei, das der Landtag am 9. November 1994 verabschiedet habe. - Dieses Gesetz müsse erst noch realisiert werden, antwortet **RD Lischinski**. Seine Auswirkungen würden dem Unterausschuß "Personal" umgehend schriftlich mitgeteilt.

Den inzwischen erschienenen Leiter der Polizeiabteilung bittet der **Vorsitzende**, sich zu dem bereits erörterten Thema "Entlastung der Polizei von vollzugsfremden Aufgaben" zu äußern. - **Ministerialdirigent Dr. Möller (IM)** trägt vor, Überlegungen, polizeifremde Aufgaben auf Angestellte zu übertragen und Polizeibeamte dadurch für ihre eigentlichen Funktionen freizustellen, gebe es im Innenministerium schon lange vor der Beauftragung der Firma Kienbaum mit einer Untersuchung. Dies gelte etwa für den polizeiärztlichen Dienst sowie für Verwaltung und Logistik. In den vom Ministerium genannten Zahlen - 1 006 Stellen - sei der von Kienbaum erwähnte Verkehrsdienst enthalten, obwohl es sich frage, ob es sinnvoll wäre, die Verkehrserziehung durch Polizeibeamte, die sich außerordentlich bewährt habe, künftig von Angestellten wahrnehmen zu lassen. - Die Erstellung des Kienbaum-Gutachtens werde noch etwa drei Monate in Anspruch nehmen.

Als Aufgabengebiete, deren Wahrnehmung durch Angestellte statt durch Polizeibeamte zweckmäßig erscheine, nennt der **Vorsitzende** den Fahrdienst, die EDV-Ausstattung und vor allem den Schreibdienst. Es sei politisch unstrittig, Polizeibeamte von diesen Aufgaben zu entlasten.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994
hz-mj

Die Schaffung von rund 1 000 Angestelltenstellen habe das Innenministerium für 1995 ins Auge gefaßt, betont **MD Dr. Möller**. Interne Überlegungen im Ministerium gingen von weit aus höheren Zahlen aus. Ohne Mühe ließen sich 3 000 Stellen finden, die besser mit Angestellten als mit Polizeibeamten besetzt werden sollten. - Die erwähnten 1 000 Angestellten bezögen sich z. B. auf die Pressestellen bei den Kriminalhauptstellen, in denen je ein Angestellter vorbereitende und unterstützende Tätigkeiten ausüben könnte, auf die Abteilungen Verwaltung und Logistik der Polizeibehörden bzw. der Bereitschaftspolizei, insbesondere bei Öffentlichkeitsarbeit, Aus- und Fortbildung, bei Polizeimusikkorps, im Sachgebiet Technik usw. Von den dort eingesetzten 700 Polizeibeamten könnten 1995 durchaus etwa 200 durch Angestellte ersetzt werden. Auch das Personal im polizeiärztlichen Dienst wie Sanitäter brauchen nicht aus ausgebildeten Polizeibeamten zu bestehen. - Bei der Strafverfolgung und bei der Verkehrsüberwachungsbereitschaft sei gleichfalls der Einsatz von Angestellten sinnvoll. Das gleiche gelte für die Kfz-Wartung sowie für die Verkehrssicherheitsberatung. - Bei den Verkehrs- und Kriminalkommissariaten seien umfangreiche Sachbearbeitertätigkeiten auszuüben; in jedem Kommissariat könnte mindestens ein Polizeibeamter durch einen Angestellten oder einen sonstigen Beamten ersetzt werden. - Dr. Möller quantifiziert die einzelnen Gruppen für 1995 und betont, weitere Bereiche könnten durchaus noch genannt werden.

Der **Vorsitzende** ersucht den Leiter der Polizeiabteilung des Innenministeriums darum, dem Unterausschuß eine schriftliche Aufstellung über seine Darlegungen zu übermitteln, und erkundigt sich, ob auch Überlegungen über die Kosten dieser Maßnahme angestellt worden seien. Schließlich dürfte die Aufgabenwahrnehmung durch Angestellte in vielen Fällen billiger sein als durch Polizeibeamte z. B. der Besoldungsgruppe A 10.

Dies treffe auf zahlreiche Tätigkeiten zu, versichert **MD Dr. Möller**. Teilweise würden allerdings qualifizierte Angestellte benötigt; die Vergütung dieser Angestellten dürfte von Gruppe VIII bis etwa Gruppe IV a BAT reichen.

Inwieweit die erörterte Problematik Gegenstand des Kienbaum-Gutachtens sein werde, vermag Dr. Möller nicht zu sagen. Die Beratungen seien noch im Gange. Bei den Untersuchungen habe sich gezeigt, daß ein privates Organisationsunternehmen, das eine spezifische Verwaltung wie die Polizei prüfe, dabei erhebliche Schwierigkeiten habe und ohne außerordentlich intensive Rückkopplung mit der zu untersuchenden Polizei keine verwertbaren Ergebnisse erzielen könne. Wegen die-

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994

hz-mj

ser Schwierigkeiten verzögere sich die Fertigstellung des Gutachtens erheblich; es sei zu hoffen, daß es bis März nächsten Jahres vorliegen werde. Konkrete Angaben ließen sich aber nicht machen.

Abgeordneter Frechen (SPD) bittet das Ministerium darum, die dem Unterausschuß zugesagten Unterlagen auch den zuständigen Ausschuß für Innere Verwaltung zuzuleiten. - Der Abgeordnete erkundigt sich noch, ob die erwähnten tausend Angestelltenstellen zusätzlich beantragt worden seien oder ob sie mit anderen Stellenanforderungen der Polizei verrechnet werden sollten. - Hierauf antwortet **MD Dr. Möller**, es handele sich um zusätzliche Stellen. Das Innenministerium vertrete die Ansicht, daß im Bereich der eigentlichen polizeilichen Tätigkeit eine Unterbesetzung vorliege, die ausgeglichen werden sollte. Polizeibeamte könnten im Wege einer Entlastung durch kostengünstigere Angestellte einer effektiveren Tätigkeit zugeführt werden. An eine Kompensation sei nicht gedacht.

Der Einsatz billigerer Angestellter könnte bereits zu einer finanziellen Entlastung führen, glaubt **Abgeordneter Frechen (SPD)**. Demgegenüber wünsche das Innenministerium die Einstellung zusätzlicher Angestellter. Es frage sich, ob eine solche Forderung angesichts der gegenwärtigen Haushaltslage realistisch wäre.

Hierzu möchte sich **MD Dr. Möller** nicht äußern. Die Antwort sei durch den Haushaltsplan bereits gegeben, da er diese zusätzlichen Stellen nicht enthalte.

Abgeordneter Harms (SPD) bittet noch um Aufschluß über die Überstundenentwicklung bei Schutz- und Kriminalpolizei. - **MD Dr. Möller** sagt zu, die schriftliche Antwort auf diese Frage dem Unterausschuß zusammen mit den bereits in Aussicht gestellten Unterlagen zuzuleiten.

Auf eine ergänzende Frage des **Abgeordneten Frechen (SPD)** berichtet **MD Dr. Möller**, im Mitbestimmungsverfahren mit dem Hauptpersonalrat der Polizei befinde sich eine neue Wachdienstordnung. Hier handele es sich um eine große Binnenaufgabe der Polizei. Mögliche Konsequenzen einer Neuregelung würden in dem erbetenen Überstundenbericht mitbehandelt. - Der **Unterausschuß** nimmt die Zusage über die schriftliche Unterrichtung zustimmend zur Kenntnis.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994

hz-mj

Zur weiteren Entwicklung des **Fluggastkontrolldienstes** (S. 25 der Vorlage des Gutachterdienstes) trägt **LMR Stähler** vor, der Haushalt 1995 enthalte 504 Angestelltenstellen für diesen Bereich. Gegen eine gesonderte Ausweisung dieser Stellen bestünden keine Bedenken. Die Landesregierung habe im Februar 1992 beschlossen, ein Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht zur Verfassungsgemäßheit des Gesetzes über die Übertragung der Aufgaben der Bahnpolizei und der Luftsicherheit auf den Bundesgrenzschutz anzustrengen. Das Bundesverfassungsgericht werde im laufenden Jahr keine Entscheidung mehr treffen. Ob dies im nächsten Jahr der Fall sein werde, lasse sich zur Zeit noch nicht absehen. In dieser Situation werde kein Anlaß gesehen, den Fluggastkontrolldienst über mögliche Zukunftsperspektiven aufzuklären, um eine Verunsicherung der Mitarbeiter zu vermeiden. Das Verfassungsgericht dürfte im Sinne der Landesregierung entscheiden.

Abschließend meint der **Vorsitzende**, gegebenenfalls müßte die Arbeitsgruppe "Fluggastkontrolle" ihre Beratungen wieder aufnehmen. -

Den Grund für die **Hebung von Stellen um mehrere Stufen**, die dem **Unterausschuß** etwas ungewöhnlich erscheint, nennt **RD Lischinski**: Es handele sich um durch die technische Weiterentwicklung verursachte Änderungen von Tätigkeitsmerkmalen, die zwangsläufig - nicht etwa durch organisatorische Maßnahmen - zu Höhergruppierungen führten, auf die die Betroffenen - jährlich nur etwa 20 im gesamten Land - einen Rechtsanspruch hätten. - Keine Anmerkungen.

Der **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, daß bei der **Realisierung von kw-Vermerken im Bereich der Bezirksregierungen** eine Reduzierung um 16 Stellen vorgenommen worden sei (Seite 30 der Vorlage). - Hierzu bemerkt **LMR Stähler**, dem zu beobachtenden Aufgabenbestand müsse in bestimmten Fällen Rechnung getragen werden. Hier gehe es um die Umsetzung einer "EG-Abfallverbringungsverordnung", die mit den vorhandenen Stellen nicht bewältigt werden könne. Durch die Erhaltung bestehender Stellen im Wege des Wegfalls von 16 kw-Vermerken bei allen Regierungspräsidenten solle die neue Aufgabe erledigt werden.

Im Grunde handele es sich um neue Stellen, wenn von der Regierung beschlossene kw-Vermerke nicht realisiert würden, glaubt der **Vorsitzende**. - Das räumt **LMR Stähler** ein. Mit weiteren Regelungen dieser Art aus Brüssel sei zu rechnen. Im

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994
hz-mj

Ergebnis handele es sich um die Erhaltung von Stellen, die eigentlich hätten wegfallen sollen. In vielen Bereichen bei den Regierungspräsidenten gebe es ähnliche Probleme, aus denen keine personellen Konsequenzen gezogen worden seien. So könne aber - auch im Interesse der betroffenen Behörden - nicht immer verfahren werden.

Zu der Auffassung des **Vorsitzenden**, der Verzicht auf die Erledigung von kw-Vermerken sei leichter zu verwirklichen als die Einrichtung neuer Stellen, bemerkt der für den Einzelplan 03 zuständige Referent des Finanzministeriums, **MR Dr. Kuhn**, die Stellenanforderungen seien eingehend erörtert worden. Kämen auf eine organisationsüberprüfte Behörde wie die Regierungspräsidenten unstreitig neue Aufgaben zu, könne man nicht auf ein potentiell Wegfallen von Funktionen verweisen. Man habe es hier vielmehr mit einer einfachen Abwägung zu tun. - Keine weiteren Anmerkungen.

Zum Personalbedarf der Bezirksregierungen als **Vergabeprüfstellen** (S. 35 der Vorlage des Gutachterdienstes) führt **LMR Stähler** aus, es solle eine Art justizförmliches Vergabe-Nachprüfverfahren eingerichtet werden. Das Modell werde aus westeuropäischen Ländern übernommen. Es sei eine haushaltsverfahrensrechtliche Lösung gewählt worden. Die die Rechtsaufsicht ausübende Stelle solle auch in Fragen der Vergabeprüfung angerufen werden. Bei den Regierungspräsidenten ergebe sich dadurch eine Zuständigkeit für rund 500 Vergabestellen. Eine Bedarfsprognose könne hier nicht sicher errechnet werden. Das Vergabeprüfverfahren erstrecke sich auf einen sehr großen Bereich. Die EG-Kommission habe in dieser Angelegenheit gegen die Bundesrepublik ein Klageverfahren angestrengt, weil sie statt der Lösung über das Haushaltsgesetz ein mehr justizförmliches Verfahren wünsche. Über den genauen Tatbestand lasse sich noch nichts sagen. Auf Stellenanforderung werde deshalb zur Zeit noch verzichtet. Die Regelungsdichte in der Bundesrepublik sei so umfassend, daß es sehr schwer wäre, andere Systemvorstellungen in das nationale Recht zu übernehmen, zumal der Änderungsbedarf größer sei als in südeuropäischen Ländern. Es sei eine Frage der gesetzestechnischen Problematik, solche Vorstellungen zu verwirklichen. -

Zu **Kapitel 03 510 (ausländische Flüchtlinge)** wünscht der **Vorsitzende** zu erfahren, welche Aufgaben der für die Außenstelle Unna-Massen in Aussicht genommene zweite Dezernent übernehmen solle. - Darauf antwortet **LMR Stähler**, die betreffenden Aufgaben seien bisher vom Landesversorgungsamt wahrgenommen worden. In der Widerspruchsaußenstelle würden Widersprüche gegen die Zuweisung

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994

hz-mj

von Asylbewerbern nach NRW bzw. in einen bestimmten Ort des Landes behandelt. Bisher habe der Hauptdezernent des Ordnungsamtes Arnsberg die aktuellen Widersprüche erledigt, was auf Dauer nicht mehr möglich sei. Bei gemeinsamen Gesprächen zwischen MAGS, Landesversorgungsamt und RP Arnsberg sowie dem Innenministerium habe sich die Notwendigkeit der Stelle erwiesen. Die Aufgaben sollten künftig von einem Angestellten wahrgenommen werden. Damit sei die erforderliche Umorganisation abgeschlossen.

Zu den bei **Kapitel 03 750 - Landesfeuerweherschule NRW** - angeforderten **beiden Stellen (S. 41)** legt **LMR Stähler** dar, die Stellen würden aus Mitteln der Feuerschutzsteuer finanziert. Bei einer Stelle gehe es um einen Systemverwalter für die bis jetzt 16 ADV-Plätze der Landesfeuerweherschule. Eine weitere Stelle sei für eine Küchenhilfe vorgesehen. Kostenneutral seien die beiden Stellen zwar nicht; der Landeshaushalt werde durch sie aber nicht zusätzlich belastet.

Das gesamte **Kapitel 03 820 - Landesrentenbehörde NRW** - sei in der Ergänzungsvorlage umgesetzt worden, berichtet der **Vorsitzende**, und **LMR Stähler** erklärt dazu, die Verhandlungen zwischen den Beteiligten seien im wesentlichen beendet. Die Beschäftigten der LRB würden in einer besonderen Titelgruppe erfaßt. Ab 1.1.1995 seien sie als Wiedergutmachungsabteilung des RP Düsseldorf tätig. Das vorhandene Fachpersonal solle den betreffenden Sachdezernaten zugewiesen werden, das Personal im Z-Bereich werde auf vergleichbare Stellen des RP Düsseldorf umgesetzt. Eine endgültige Regelung stehe noch aus. Kw-Stellen für die Titelgruppe könnten demnächst verstärkt ausgebracht werden, ohne daß es Auswirkungen auf das Stammpersonal des Regierungspräsidenten Düsseldorf gebe. Die neue Abteilung Wiedergutmachung umfasse vorläufig rund 80 Stellen. Die notwendige Transparenz sei gewährleistet. Stelleneinsparungen zu Lasten des betroffenen Personenkreises sollten nicht vorgenommen werden. -

Im folgenden geht der **Vorsitzende** auf die bestehenden **Diskrepanzen zwischen Ist und Soll** im Haushalt ein (Seiten 47 f. der Vorlage), die sich besonders deutlich bei Titel 427 20 in Kapitel 03 110 ergäben: Einem Soll von jeweils 500 000 DM in den Haushaltsjahren 1994 und 1995 stehe ein Ist von 8,38 bzw. 7,56 Millionen DM beim Ist 1993 bzw. beim Ist 1992 gegenüber. So starke Abweichungen erschwerten die Kontrolle des Haushaltsvollzugs erheblich.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994

hz-mj

MR Dr. Wild (FM) betont, eine solche Entwicklung trete auf, wenn nicht benötigte Personalmittel für Aushilfskräfte in Anspruch genommen würden. Ein solcher Tatbestand gebe keinen Anlaß zur Kritik, es sei denn, freiwerdende Stellen dürften nicht wieder besetzt oder für Aushilfskräfte verwendet werden.

Es handele sich um eine Frage der Überwachung und der Transparenz für den Gesetzgeber, hebt der **Vorsitzende** vor. Der Unterausschuß sollte einen Überblick darüber erhalten, wie dies in den verschiedenen Ressorts gehandhabt werde. Es gelte nur zu klären, was gewollt sei. - Dem hält **MR Dr. Wild** entgegen, der maximale Rahmen werde durch die vorhandenen Stellen bestimmt. Eine besondere Kontrolle sei insofern nicht angezeigt, denn innerhalb des Verfügungsrahmens dürfe sich das Ressort bewegen.

Es frage sich, inwieweit Aushilfs- und Teilzeitkräfte mit "Ketten-Verträgen" auf den entsprechenden Planstellen geführt würden, meint der **Vorsitzende**. - Dies sei die Normalität, erwidert **MR Dr. Wild**. Probleme träten nur dann auf, wenn Ketten-Arbeitsverträge zu gewissen rechtlichen Zwängen führten. Die Ressorts seien angewiesen, solche Verhältnisse nicht entstehen zu lassen. Es gehe darum, ob es zu Sanktionen komme, wenn entsprechende Vorgaben durch die Ressorts verletzt würden. Was dann geschehe, habe das Ressort zu vertreten; allgemeine Verfahrensgrundsätze hierfür seien nicht vorhanden. Eine Anweisung, wie oft etwa ein Aushilfsvertrag usw. verlängert werden könne, oder Hinweise, daß solche Fehler vermieden würden, gebe es seitens der Abteilung IV des Finanzministeriums. Für solche Verfahrensweisen gebe es Rechtsprechung. - Auf den Wunsch des **Vorsitzenden** sagt **MR Dr. Wild** zu, dem Unterausschuß "Personal" die für diesen Bereich bedeutsamen Vorschriften zuzuleiten. - Hiermit beendet der Unterausschuß die Behandlung des Einzelplans 03.

Einzelplan 04 - Justizministerium

Einleitend stellt der **Vorsitzende** fest, das Justizministerium habe das Einsparungs-Soll von 2 % der Stellen erfüllt.

Zu den **Einstellungsermächtigungen in den Kapiteln 04 040 und 04 050** trägt **Ministerialrat Wehrens (Justizministerium)** vor, in den vergangenen beiden Haushaltsjahren habe es verhältnismäßig hohe Einstellungsermächtigungen gegeben.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994
hz-mj

Damit sei der Erwartung Rechnung getragen worden, daß sich Bedienstete der Justiz, die in die neuen Länder abgeordnet worden seien, auch dorthin versetzen ließen. Dies sei nicht in dem angenommenen Umfang geschehen mit der Folge, daß die Ermächtigungen auf das normale Maß hätten zurückgeführt werden müssen. Anwärter sollten nur im Rahmen der Bestandserhaltung ausgebildet werden. - Der Lehrkörper bei den Ausbildungseinrichtungen sei durch abgeordnete Beamte punktuell und zeitlich begrenzt erweitert worden, so daß hier keine Streichung erfolgen könne. - In der Titelgruppe 79 gebe es Stellen, auf denen Ersatzkräfte für solche Bedienstete der Justiz eingestellt werden könnten, die an den Ausbildungsstätten - vor allem an der Fachhochschule für Rechtspflege - Anwärter aus den neuen Ländern, vor allem aus Brandenburg, ausbildeten.

Als frappierend bezeichnet **Abgeordneter Frechen (SPD)** die Forderung des Deutschen Beamtenbundes nach 484 zusätzlichen Anwärterstellen. Dazu habe der Gutachterdienst Fragen formuliert, auf die jetzt eingegangen werden sollte. - Der **Vorsitzende** merkt an, es solle die Frage mitbeantwortet werden, ob Zahl und Qualifikation der Bewerber rückläufig seien.

Selbstverständlich wollten berufsständische Organisationen Stellenveränderungen bewirken, hebt **MR Wehrens** hervor. Das Ministerium orientiere sich jedoch an der Bestandserhaltung. Ob eine höhere Zahl von Einstellungsermächtigungen wünschenswert wäre, stehe auf einem anderen Blatt. Folge man den Vorstellungen der berufsständischen Vertretungen, stünde man in zwei bzw. drei Jahren vor der Entscheidung, über das vorhandene Stellenkontingent hinaus ausgebildete Anwärter zu übernehmen. Solange man kein Stellenwachstum zulassen wolle, gebe es keine Möglichkeit, die zusätzlich ausgebildeten Anwärter einzustellen.

Abgeordneter Frechen (SPD) weist darauf hin, daß in Kapitel 04 040 abermals um 40 % reduziert werde. Es frage sich, ob in den Vorjahren in diesem Umfang über Bedarf ausgebildet worden sei. - Hierauf antwortet **MR Wehrens**, in den Haushaltsjahren 1993 und 1994 sei bewußt über die rechnerisch ermittelte Anzahl der zur Bestandserhaltung erforderlichen Anwärter hinaus eine - wie sich jetzt gezeigt habe - zu hohe Zahl von Versetzungen in die neuen Länder zugrunde gelegt worden. Die Notwendigkeit für die Höhe der Einstellungsermächtigungen dieser Jahre habe sich damit nicht bestätigt.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994
ei-mj

Zur Titelgruppe 79 werde noch ein Gesamtbericht erstattet, teilt der **Vorsitzende** mit. Nordrhein-Westfalen gehe bei den Versetzungen z. B. nach Brandenburg anders vor als die anderen Bundesländer; die Zahl der Versetzungen sei erheblich geringer. - **Ministerialrat Wehrens** betont, bisher sei es ohne Mühe möglich gewesen, die Einstellung der vorgesehenen Anwärter auch vorzunehmen; jedoch sei der Kreis der Bewerber nicht mehr so groß wie früher. - Über ein qualitatives Absinken gebe es keine statistischen Erhebungen. Die Minderqualifikation im schulischen Bereich könnte auch im Vorbereitungsdienst gegeben sein.

Die Gewerkschaften wollten offenbar feststellen, glaubt der **Vorsitzende**, wie attraktiv der Beruf des Juristen sei und wie man die Laufbahnerwartungen einschätzen könne. - Dazu bemerkt **MR Dr. Wild (FM)**, der Umfang der Altersjahrgänge, aus denen sich die Bewerber rekrutierten, nehme derzeit ab - ein demographisches Phänomen. - Keine weiteren Anmerkungen.

Zum **zentralen Mahnverfahren** durch das Amtsgericht Hagen fragt der **Vorsitzende**, welche Auswirkungen sich durch die Privatisierung der Deutschen Bundespost - Telekom - ergäben und wie weit das Mahnverfahren kostendeckend sei.

MR Wehrens (JM) trägt vor, der Arbeitsstab "Aufgabenkritik" habe Anfang Mai 1994 ein Wirtschaftsberatungsunternehmen beauftragt, eine Organisationsuntersuchung zum automatisierten Mahnverfahren durchzuführen. Das Gutachten solle zum Jahresende 1994 erstattet werden. Der Auftrag sei aus der Sicht der Justiz in erster Linie erteilt worden, um von einer neutralen Stelle Empfehlungen für die Organisation der Automatisierung des Mahnverfahrens im OLG-Bezirk Düsseldorf zu erhalten.

Die durch Gesetz vom 14. September 1994 vorgenommene Privatisierung der Post habe zur Folge, daß alle ausstehenden Forderungen der Telekom, die bislang von den Beitreibungsstellen der Post auf öffentlich-rechtlichem Wege hätten beigetrieben werden können, nunmehr auf privatrechtlichem Wege durchgesetzt werden müßten. Der Leiter des Arbeitsstabes "Aufgabenkritik" habe den Vorschlag des Justizministers aufgegriffen, den Gutachter ergänzend zu beauftragen, Vorschläge für die Bewältigung des zusätzlichen Geschäftsanfalls durch die Privatisierung der Post zu machen.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994
ei-mj

Der Gutachter habe ein Zwischenergebnis vorgelegt und zur Bewältigung des zusätzlichen Geschäftsaufkommens aus dem Bereich der privatisierten Postbetriebe - erwartet werde eine Größenordnung von 850 000 Mahnverfahren pro Jahr - empfohlen, eine zweite zentrale Mahnabteilung im Bezirk des Landgerichts Bonn einzurichten. Der gesamte OLG-Bezirk Köln sei bereits in das zentrale Verfahren in Hagen integriert. Das Justizministerium habe nunmehr konzeptionell die Einrichtung einer neuen zentralen Mahnabteilung für alle Amtsgerichte im Landgerichtsbezirk Bonn vorgesehen.

Eine endgültige Empfehlung des Gutachters für die Ausgestaltung des zentralen Mahnverfahrens im Bezirk des OLG Düsseldorf gebe es bislang nicht. Zur Diskussion stehe, in einem ersten Schritt die Verfahren, die im Datenträgeraustausch abgewickelt werden könnten - also die der "Großkunden" bzw. Großgläubiger -, durch Anschluß an die zentrale Mahnabteilung des Amtsgerichts Hagen zu erledigen. Dies seien jährlich etwa 310 000 der insgesamt 650 000 Verfahren im OLG-Bezirk Düsseldorf. Das Justizministerium gehe derzeit davon aus, daß diese Mahnverfahren ab der zweiten Jahreshälfte 1995 über die ZEMA in Hagen abgewickelt würden.

Der Vorsitzende möchte sodann wissen, ob es überhaupt sinnvoll sei, ein **ADV-Verfahren für das Handelsregister** zu entwickeln, wenn zugleich überlegt werde, die Registerführung des Handelsregisters zu privatisieren.

Nach Angaben von **MR Wehrens (JM)** ist eine Bund-Länder-Gruppe beauftragt, im Jahre 1995 Vorschläge dazu zu unterbreiten. Innerhalb der Arbeitsgruppe werde derzeit kontrovers darüber diskutiert, ob die Handelsregisterführung bei der Justiz bleiben solle oder nicht. Zu berücksichtigen sei, daß die Führung des Handelsregisters durch die Justiz nicht nur kostendeckend erfolge, sondern sogar zu einem gewissen Überschuß führe.

Das Justizministerium habe inzwischen von Überlegungen Abstand genommen, eine automationsgestützte Verfahrenslösung selbst zu entwickeln. Die Bemühungen seien dadurch überholt worden, daß ein Softwarehaus eine Verfahrenslösung unter dem Namen "Harry" anbiete. Das Justizministerium habe das Softwarehaus über die unentschiedene Situation, ob die Handelsregisterführung bei der Justiz bleibe oder nicht, offen unterrichtet und erreicht, daß dieses Unternehmen auf eigenes Risiko seine Entwicklung weiterführe, ohne daß die Justiz in irgendeiner Weise in Obligo getreten sei.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994
ei-mj

Da dieses Thema für den Haushalt 1995 nicht relevant sei, schlägt der **Vorsitzende** vor, die sich hierzu stellenden Fragen im nächsten Jahr zu erörtern. Er gehe davon aus, daß das Justizministerium zu Beginn der nächsten Wahlperiode eine aktualisierte Darstellung vorlegen werde.

In dem Zusammenhang interessiere ihn, wie die neuen Aufgaben des **Insolvenzrechtes** wahrgenommen werden sollten, solange dafür noch keine ausgebildeten Rechtspfleger zur Verfügung stünden.

MR Wehrens (JM) erläutert, hinsichtlich des Inkrafttretens des Gesetzes zur Insolvenzrechtsreform habe man sich, nachdem dazu der Vermittlungsausschuß angerufen worden sei, auf den 1. Januar 1999 verständigt. Die Planungen des Justizministeriums für die notwendigen Personalverstärkungen seien jetzt auf diesen Zeitpunkt abgestellt worden. Den längsten Vorlauf erfordere die Bereitstellung zusätzlicher Rechtspfleger wegen des Vorbereitungsdienstes von drei Jahren. Nach Auffassung des Justizministeriums müßten mit dem Haushalt 1996 die notwendigen Entscheidungen getroffen werden, damit 1999 das benötigte zusätzliche Personal zur Verfügung stehe.

Auf die Frage des **Vorsitzenden**, warum der kw-Vermerk bei den 80 Stellen der Vergütungsgruppe VI b/VII BAT für das **Zentralkrankenhaus Fröndenberg** vom 31.12.1995 auf den 31.12.1999 verlängert werden solle, antwortet **MR Wehrens (JM)**, dies hänge mit dem personellen Mehrbedarf für die Vollziehung der Abschiebehaft zusammen. Für einen Stellenabbau wäre 1995 genau der falsche Zeitpunkt, weil alles Personal, das die Justiz irgendwo zur Verfügung habe, für die Abschiebehaftereinrichtungen benötigt werde.

Weil sich der Unterausschuß mit der **Organisation des Justizvollzugs** befassen wolle, möchte der **Vorsitzende** wissen, wann das Kienbaum-Gutachten über die Verwaltungen der Vollzugseinrichtungen vorgelegt werde. - **Abgeordneter Frechen (SPD)** bittet, für die anstehende Diskussion zum Vergleich auch einmal die Betreuungsrelationen Gefangene : Bedienstete anderer Bundesländer, aber auch anderer Staaten mitzuteilen; unter Umständen sei ja hier über Einsparpotentiale zu diskutieren.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994

ei-mj

Das Kienbaum-Gutachten liege noch nicht vor, stellt **MR Wehrens (JM)** fest. Es gebe wohl einen Entwurf, der in der projektbegleitenden Arbeitsgruppe sehr kontrovers diskutiert werde. Das endgültige Gutachten werde nach dem derzeitigen Stand noch für Ende 1994 erwartet.

Zur Gefangenen-Bediensteten-Relation werde das Gutachten nach seiner Kenntnis keine vergleichenden Betrachtungen enthalten, weil es sich auf die nordrhein-westfälischen Verhältnisse beschränke. Im übrigen sei diese Relation eine statistische Bewertung, die im Ländervergleich zwischen den Justizverwaltungen angestellt werde.

Der **Vorsitzende** bittet, zu signalisieren, wenn das Gutachten vorliege, damit es aktuell auf die Tagesordnung gesetzt werden könne. Die gewünschten Vergleichszahlen könnten ja unabhängig davon zur Verfügung gestellt werden, um sie gegebenenfalls in der Diskussion heranzuziehen. - Da das Justizministerium den Gutachtern ja ohnehin erhebliche Hilfestellungen leisten müsse, sollte es nach Meinung des **Abgeordneten Frechen (SPD)** eigentlich kein Problem sein, auch diese Relationen mitzuteilen.

Zum Thema **Abschiebehäft** weist **Abgeordneter Wickel (F.D.P.)** darauf hin, daß sich aus den zurückgegangenen Zugangszahlen der Asylbewerber nicht zwangsläufig ein Rückgang der Abschiebungen ergeben müsse, weil auch die Zahl der illegal eingereisten Ausländer zu berücksichtigen sei. Er wüßte gern, ob es inzwischen Erkenntnisse gebe, die eine genauere Schätzung der Zahl der illegal Eingereisten zuließen.

MR Wehrens (JM) kann die Frage nur anhand der Population in den Abschiebehafteinrichtungen beantworten: Etwa zwei Drittel der dort einsitzenden Personen seien illegal Eingereiste, nur zu etwa einem Drittel handele es sich um Personen, die förmlich einen - dann abgelehnten - Asylantrag gestellt hätten.

Feststellungen zur durchschnittlichen Dauer des Aufenthalts dieser Ausländer in der Bundesrepublik - wonach der **Vorsitzende** sich erkundigt - wären nach Angaben des Vertreters des Justizministeriums nicht von der Justiz-, sondern von der Innenverwaltung zu treffen, weil die illegal Eingereisten von der Polizei aufgegriffen würden.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994

ei-mj

Abgeordneter Frechen (SPD) ist an verlässlicheren Zahlen interessiert, denn es dränge sich der Verdacht auf, daß das neue Asylrecht nur zu einer Verlagerung geführt habe und die tatsächliche Zahl der Ausländer, auch wenn sich die Situation nach außen beruhigt zu haben scheine, in etwa gleich hoch geblieben sei. Er bitte deshalb, sich beim Innenministerium um konkretere Auskünfte zu bemühen.

Das Justizministerium stehe in dieser Frage mit dem Innenministerium ständig in Kontakt, bemerkt **MR Wehrens (JM)**. Das Innenministerium halte es für erforderlich, daß die Anzahl der Plätze, die die Justiz im Wege der Amtshilfe für Abschiebehäftlinge vorhalten müsse, bei etwa 2 000 liege. Gegenwärtig gebe es 1 200 Plätze. Wenn es tatsächlich einmal 2 000 Abschiebehäftlinge werden sollten, würde der Anteil der abgelehnten Asylbewerber von derzeit einem Drittel auf etwa ein Fünftel absinken.

Auf die Frage des **Abgeordneten Harms (SPD)**, wie lang die durchschnittliche Verweildauer in der Abschiebehäft sei, antwortet **MR Wehrens (JM)**, das sei je nach Herkunftsland sehr unterschiedlich. Während z. B. Algerier bis zu einem Jahr in den Abschiebeeinrichtungen blieben, betrage die Verweildauer für Personen aus einigen Ländern des ehemaligen Ostblocks nur sechs bis acht Wochen.

Der **Vorsitzende** wird - im Hinblick auf die sich daraus ergebenden Konsequenzen für Personal und Stellen - sowohl das Justiz- wie auch das Innenministerium um eine detailliertere Stellungnahme zu den zur Abschiebehäft aufgeworfenen Fragen bitten.

Auf seine abschließende Frage zum Einzelplan 04, wie sich die Zahl der **Überstunden in den Vollzugsanstalten** entwickelt habe, teilt **MR Wehrens (JM)** mit, im Erhebungszeitraum 1. April 1993 bis 31. März 1994 seien etwa 350 000 Überstunden angefallen, von denen rund 154 000 bezahlt und die übrigen abgefeiert worden seien.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994
ei-mj

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Auf Bitte des **Vorsitzenden** erläutert **Staatssekretär Dr. Küchenhoff (MWF)** zunächst zu den in der Ergänzungsvorlage beim Einzelplan 06 ausgebrachten zusätzlichen Stellen, die Landesregierung habe das Gesetz zur Errichtung der **Fachhochschule Rhein-Sieg** eingebracht und gehe nach der ersten Beratung im Plenum davon aus, daß es noch im Jahre 1994 verabschiedet werde und zum 1. Januar 1995 in Kraft treten könne. Der Studienbeginn solle nach Möglichkeit zum Wintersemester 1995/96 erfolgen. Die Ergänzungsvorlage habe 13 Stellen für Rektor, Kanzler, Verwaltungspersonal und für die Aufnahme des Studienbetriebs vorgesehen.

Auf die Frage des **Vorsitzenden**, warum die Zahl der Ausbildungsstellen um 36 reduziert werde, antwortet **Leitender Ministerialrat Mattonet (MWF)**, die Hochschulen hätten sich an der Ausbildungs Offensive Anfang der 80er Jahre beteiligt und seit vielen Jahren weit über ihren Bedarf ausgebildet. Inzwischen sei jedoch die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im Hochschulbereich zurückgegangen. Laut einer vor einiger Zeit durchgeführten Umfrage seien von insgesamt 5 384 Ausbildungsplätzen 895 frei gewesen. Dies habe dazu geführt, die Zahl der Ausbildungsplätze maßvoll zu reduzieren. Zugleich seien 75 Plätze an zentraler Stelle ausgebracht worden, um damit gezielt Ausbildungsengpässe beheben zu können.

Im übrigen habe das Ministerium die Hochschulen mit Runderlaß vom Juni 1994 aufgefordert, alle freien Ausbildungskapazitäten den Arbeitsämtern zu melden und um eine Besetzung bemüht zu sein.

Wenn die Hochschulen - nach den erfolgreich durchgeführten Versuchen - nach und nach die **Finanzautonomie** erhielten, stellt sich nach den Worten des **Vorsitzenden** die Frage, ob das Land dann noch mit der Bremse der Wiederbesetzungssperre bzw. der Begrenzung der Möglichkeiten der Überschreitung des Stellenplans auf 5 % in die Hochschulen hineinregieren sollte oder ob es konsequenterweise zur Finanzautonomie gehören, größere Freiheiten einzuräumen.

StS Dr. Küchenhoff (MWF) will der Zukunft nicht zu weit vorgreifen. Nach den Versuchen an zwei Universitäten und zwei Fachhochschulen sollten zunächst mit dem gegenwärtigen Instrumentarium weitere Erfahrungen gesammelt werden. Die

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994

ei-mj

am Versuch beteiligten Hochschulen hätten bislang sehr zurückhaltend von den Überschreitungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht, zumal ja vorgesehen sei, den Stellenplan spätestens nach fünf Jahren wieder auf den ursprünglichen Stand zurückzuführen. Er wolle Weiterentwicklungen keineswegs ausschließen; das Ministerium gehe nur etwas vorsichtiger an die Sache heran.

Auf die Zwischenfrage des **Vorsitzenden**, ob denn auch negative Erfahrungen gesammelt worden seien, entgegnet **StS Dr. Küchenhoff (MWF)**, dies bedeute nur, daß die bisherigen Erfahrungen berücksichtigt würden. Wenn etwa die Universität Bochum nur eine Überschreitung von 2 bis 3 % in Anspruch genommen habe, scheine es nicht sinnvoll zu sein, auf eine sehr viel höhere Rate hinaufzugehen.

Der **Vorsitzende** bezeichnet den **Rückgang der Zahl der Arbeiterstellen** als auffallend. Er möchte wissen, warum eigentlich bei den Putzfrauen und den Kraftfahrern Einsparungen vorgenommen würden, bei den höherwertigen Beamten- und Angestelltenstellen jedoch alles beim alten bleibe. - Nach Angaben von **StS Dr. Küchenhoff (MWF)** zeigt sich bei den Hochschulen etwas Ähnliches wie in der Wirtschaft: Die rein handwerklichen Tätigkeiten nähmen ab, während die Aufgaben der Techniker und Ingenieure zunähmen. Dieser strukturellen Veränderung werde Rechnung getragen.

In dem Zusammenhang führt **Abgeordnete Berger (SPD)** an, daß Aufgaben wie die der Reinigungsdienste häufig nach draußen vergeben und die Kosten dann in den Sachhaushalt verlagert würden. Es stelle sich die Frage, ob der damit erwünschte Einsparungseffekt noch gegeben sei, wenn zwar Arbeiterstellen gestrichen würden, auf der anderen Seite aber nicht nur zusätzliche Sachkosten anfielen, sondern auch noch ein Teil der wegfallenden Arbeiterstellen in höherwertige Stellen umgewandelt werde.

LMR Mattonet (MWF) stellt klar, daß die im Haushalt 1995 wegfallenden Arbeiterstellen nicht durch Erhöhungen im Sachhaushalt kompensiert würden. Das Ministerium hätte die Arbeiterstellen gerne behalten; eine Abwägung habe nur ergeben, daß neuen Angestelltenstellen Priorität zukomme.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994
ei-mj

Der **Vorsitzende** bemerkt, Kostenvergleiche hätten in der Tat ergeben, daß bei bestimmten Aufgaben eine Privatisierung günstiger sei als die Beibehaltung von Stellen. - Dann müßten diese Stellen aber auch wirklich wegfallen, betont **Abgeordnete Berger (SPD)**. Wenn Arbeiterstellen durch höherwertige Angestellten- und Beamtenstellen ersetzt würden, sei das etwas anderes. Sie glaube im übrigen nicht, daß alle Arbeiterstellen gestrichen würden, ohne daß dafür zusätzliche Sachkosten anfielen. Über diesen Sachverhalt hätte sie gerne einmal einen Bericht.

LMR Mattonet (MWF) versichert noch einmal, im Sachhaushalt seien hierfür keine zusätzlichen Mittel eingestellt worden, so daß eine Kompensation des Stellenplans durch zusätzliche Sachausgaben nicht stattfindet. Diese Problematik stelle sich im Einzelplan 06 so nicht.

Auf entsprechende Fragen des **Vorsitzenden** bestätigt **StS Dr. Küchenhoff (MWF)**, zu der von Berufsverbänden wiederholt vorgetragene Forderung, 1 100 Stellen für **Akademische Räte und Oberräte** nach Besoldungsgruppe A 15 anzuheben, nehme die Landesregierung dieselbe Haltung ein wie letztes Jahr. Das Ministerium sehe die von den Verbänden geltend gemachte Benachteiligung so nicht.

Zum **Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund** - Kap. 06 082 - bittet der **Vorsitzende** um Auskunft, ob für die dort beschäftigten sieben Dauerangestellten Drittmittel auf Dauer zugesichert seien. - **StS Dr. Küchenhoff (MWF)** bestätigt, daß bei der Sozialforschungsstelle in der Tat aus den Beiträgen Dritter Stellen ausgewiesen würden. Dies gehe auf eine Initiative aus dem Landtag zurück und habe mit dem hohen Drittmittelaufkommen in Relation zu dem regulären Haushalt dieser Einrichtung zu tun.

Auf weitere Fragen des **Vorsitzenden** teilt **LMR Mattonet (MWF)** ergänzend mit, bei der Finanzierung werde sauber unterschieden: Aus dem Drittmittelaufkommen würden nur die Drittmittelstellen bezahlt. Dementsprechend seien auch die Arbeitsverträge zeitlich gestaltet.

Zu der bei der **Universität Bonn** - Kap. 06 111 - vorgesehenen Umwandlung einer C-3- in eine C-4-Planstelle wüßte **Abgeordnete Berger (SPD)** gern, ob es schon

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994

ei-mj

Verhandlungen mit qualifizierten Bewerbern gebe und ob unter Umständen Sonderzusagen gemacht worden seien. - **StS Dr. Küchenhoff (MWF)** teilt mit, es handele sich um eine Stelle für den Fachbereich Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung, wo die Bewerberlage sehr angespannt sei, so daß nach Meinung des Ministeriums für Besoldungsgruppe C 3 kaum eine geeignete Person zu finden sein werde. Verhandlungen seien noch nicht geführt worden; damit werde gewartet, bis der Haushalt verabschiedet sei.

Die Frage des **Vorsitzenden**, ob es sich bei der Anhebung der Planstelle für den Leiter des Finanzdezernats bei den **Medizinischen Einrichtungen der Universität Bonn** - Kap. 06 112 - um eine "Lex Bonn" handele, verneint **LMR Mattonet (WMF)**. Die Finanzdezernenten der Medizinischen Einrichtungen hätten ein großes Maß an Verantwortung. Der Finanzdezernent in Bonn sei beispielsweise für ein Volumen von 75 Millionen DM und eine Bilanzsumme von 1,1 Milliarden DM zuständig. Eine Vergütung nach BAT I bzw. eine Besoldung nach A 16 sei deshalb angemessen.

Die Stellen der Finanzdezernenten der Medizinischen Einrichtungen Düsseldorf und Münster seien bereits im vorigen Jahr angehoben worden. Auch für die übrigen Medizinischen Einrichtungen werde eine solche Vergütung bzw. Besoldung der Finanzdezernenten angestrebt; Aachen beispielsweise habe in etwa die gleiche Größenordnung wie Bonn.

Zu den sechs Stellen für Schloßgartenarbeiter bei der **Universität Münster** - Kap. 06 121 - möchte der **Vorsitzende** wissen, warum die Pflege der dortigen Liegenschaften nicht zusammengefaßt und einem privaten Unternehmen übertragen werde. - **StS Dr. Küchenhoff (MWF)** dankt für die Anregung. Aus seiner Sicht gebe es keine Bedenken gegen eine Zusammenfassung der Pflegezuständigkeiten; möglicherweise seien damit auch bestimmte Rationalisierungseffekte zu erzielen. Darüber müsse aber noch mit den Betroffenen gesprochen werden.

Zu der beabsichtigten Einrichtung eines klinischen Rechenzentrums bei den **Medizinischen Einrichtungen der Universität Köln** - Kap.06 132 - wünscht **Abgeordnete Meyer-Schiffer (SPD)** erstens zu erfahren, wo die Aufgaben vorher erledigt worden seien, und zweitens, inwiefern sich die Aufgabenqualität verändert habe, denn es sollten ja höherwertige Stellen eingerichtet und niederwertige Stellen abgesetzt werden.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994
ei-mj

LMR Mattonet (MWF) führt aus, es sollten neun Stellen abgesetzt werden, um acht neue Stellen einrichten zu können. Insofern sei die Kostenneutralität in etwa hergestellt. Generell müsse die EDV einen stärkeren Einzug in die Kliniken halten, um zu mehr Wirtschaftlichkeit zu kommen. Dafür werde qualifiziertes Personal benötigt. Das Ministerium gehe davon aus, daß sich das unter dem Strich rechne.

Abgeordnete Meyer-Schiffer (SPD) bezweifelt ebenso wie der **Vorsitzende**, daß hier, auch wenn es eine Stelle weniger sei, Kostenneutralität erreicht werde. - Im Einzelfall möge das vielleicht nicht so sein, räumt **LMR Mattonet (MWF)** ein. Er bitte jedoch, sich den Einzelplan 06 insgesamt anzusehen. Das Finanzministerium habe dafür gesorgt, daß es in toto zu einer Kostenneutralität komme.

Abgeordneter Walsken (SPD) spricht das "**Bochumer Modell**" der medizinischen Lehre und Forschung an, das wegen seiner erheblichen Einsparungseffekte bundesweit gerühmt worden sei. Ihn interessiere, wie weit beabsichtigt sei, es auf andere Einrichtungen zu übertragen.

Gegenwärtig bestehe nicht die Absicht, das Bochumer Modell auf breiter Front auf andere Einrichtungen zu übertragen, antwortet **StS Dr. Küchenhoff (MWF)**. Es dürfe nicht verkannt werden, daß andere Medizinische Einrichtungen über Lehrkrankenhäuser verfügten und damit etwas Vergleichbares hätten, um die Mediziner- ausbildung besser zu gestalten, etwa die Arbeit in kleinen Gruppen zu ermöglichen. Gegenwärtig befaßten sich sowohl der Wissenschaftsrat wie auch die Kultusministerkonferenz mit der Neustrukturierung der Mediziner- ausbildung insgesamt. Das sollte man sinnvollerweise abwarten.

Die Frage des **Abgeordneten Walsken (SPD)**, was die medizinische Ausbildung pro Student in Bochum, verglichen mit anderen Medizinischen Einrichtungen, koste, wird **StS Dr. Küchenhoff (MWF)** schriftlich beantworten.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994

ei-mj

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Ministerialrat Nordmann (MWMT) berichtet zuerst zu den Auswirkungen der Ergänzungsvorlage: Das **Staatliche Materialprüfungsamt Dortmund** solle zum 1. Januar 1995 in einen Landesbetrieb überführt werden, der voraussichtlich zum 1. Juni 1997 privatisiert, d. h. in eine GmbH umgewandelt werden solle. Die haushaltsrechtlichen Konsequenzen aus der Überführung in einen Landesbetrieb seien in der Ergänzungsvorlage vollzogen.

Zu beantragten **Verlängerung der Befristung einer EU-Stelle** fragt der **Vorsitzende**, ob es nicht angesichts eines Zeitraumes von nunmehr zehn Jahren ehrlicher sei, z. B. eine Leerstelle für eine Beurlaubung einzurichten.

Es sei weder eine Beurlaubung noch seien die Voraussetzungen für die Einrichtung einer Leerstelle gegeben, antwortet **MR Nordmann (MWMT)**. Es handele sich um eine Zuweisung zur EG nach § 123 a des Beamtenrechtsrahmengesetzes. Das heiße, daß das Land den Stelleninhaber zur EU sende, aber seine Kosten übernehme. Das Ministerium betrachte diese Tätigkeit als Daueraufgabe, habe jedoch bei den Haushaltsverhandlungen bislang dafür keine Dauerstelle bekommen, so daß nur die Möglichkeit bestehe, die 1988 bewilligte kw-Stelle zu verlängern.

Ob das ein Einzelfall sei, möchte der **Vorsitzende** weiter wissen. - **MR Nordmann (MWMT)** bejaht das für das Wirtschaftsministerium; wie es bei den anderen Ressorts aussehe, wisse er nicht. Er dürfe jedoch erwähnen, daß die EU-Stelle mit dem vorliegenden Ergänzungshaushalt in den Einzelplan 02 umgesetzt werden solle. Bei der Staatskanzlei werde ein Stellenpool eingerichtet, um von dort aus bessere Steuerungsmöglichkeiten zu haben.

Auf Bitten des **Vorsitzenden** erläutert **MR Nordmann (MWMT)** sodann zum Stand der **Neuorganisation der Bergverwaltung**, die Organisationsuntersuchung sei ausgewertet und vollzogen. Beim Landesoberbergamt seien eine Abteilung und drei Dezernate abgebaut und die Zahl der Bergämter sei von zehn auf sechs verringert worden. Von den ausgewiesenen 49 kw-Vermerken würden zehn im Jahre 1995 realisiert. Die Zeitpunkte der Realisierung der weiteren kw-Vermerke hingen mit der Altersstruktur der Beschäftigten zusammen. Wenn man das planmäßige

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994
ei-mj

Ausscheiden mit 65 Jahren zugrunde lege, seien im Jahre 2000 64 % und im Jahre 2010 90 % der kw-Vermerke vollzogen. Die fachspezifisch ausgebildeten Bediensteten seien kaum woanders einzusetzen. Im höheren Dienst werde der Abbau 1998 vollzogen sein.

Zur **Organisationsuntersuchung bei der Eichverwaltung** teilt der Redner anschließend mit, die Ausschreibungsfrist laufe am heutigen Tage - 14.11.1994 - ab; die Angebote sollten in den nächsten Tagen ausgewertet werden. Eine Präsentation sei für Ende November vorgesehen. Es werde erwartet, daß noch im Dezember 1994 mit der Untersuchung begonnen werden könne.

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

Regierungsangestellter Brauser (MBW) berichtet zur Ergänzungsvorlage, eine Stelle für EU-Tätigkeiten solle beim Einzelplan 14 abgesetzt und dem Einzelplan 02 zugewiesen werden.

Im Zusammenhang mit dem Organisationsgutachten zur Staatlichen Bauverwaltung hätten 165 kw-Vermerke ausgebracht werden müssen. Im Vorgriff auf die Ergebnisse dieser Untersuchung habe das Ministerium durch eine restriktive Personalpolitik im Haushalt 1995 226 Stellen, die frei seien, zur kw-Stellung bringen können.

Auf entsprechende Fragen des **Vorsitzenden** erläutert **RANG Brauser (MBW)**, das Auswahlverfahren für Aufstiegsbewerber vom gehobenen in den höheren Dienst werde so gehandhabt, wie es die Richtlinien vorsähen. Wenn die Qualifikation der Beamten stimme, hätten sie unbegrenzt die Möglichkeit, auch in andere Bereiche aufzusteigen. Mit den Bewerbern seien gute Erfahrungen gemacht worden, sofern ihnen entsprechende Qualifizierungsangebote gemacht worden seien. Ob sie gefördert werden könnten, hänge natürlich von einer Reihe von Rahmenbedingungen ab.

Dem vom **Vorsitzenden** vorgetragenen Vorschlag des Gutachterdienstes, die Stellen und Haushaltsmittel für das Landesinstitut für Bauwesen und angewandte Bau-schadensforschung künftig aus Gründen der Haushaltsklarheit gesondert auszuweisen, wird das Ministerium nach den Worten von **RANG Brauser (MBW)** folgen. Für den Haushalt 1996 sei das bereits vorgesehen.

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
56. Sitzung

14.11.1994

ei-mj

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr

Zur Ergänzungsvorlage führt **Ministerialdirigent Dr. vom Rath (MSV)** aus, auch aus dem Einzelplan 15 sei die Umsetzung einer Stelle für Aufgaben bei der EU-Kommission in den bereits erwähnten Stellenpool bei der Staatskanzlei vorgesehen.

Der **Vorsitzende** möchte wissen, warum von den 177 Planstellen im Ministerium 20, also 11 %, nicht besetzt seien. - Zu 85 % seien das die Konsequenzen der einjährigen Stellenbesetzungssperre, erläutert **MDgt Dr. vom Rath (MSV)**. Die restlichen Stellen seien nicht besetzt, weil das entsprechende Auswahlverfahren noch nicht abgeschlossen sei.

Zu der weiteren Frage des **Vorsitzenden**, warum auf mehreren Angestelltenstellen Arbeiter geführt würden und ob die Stellen umgewandelt werden könnten, verweist **MDgt Dr. vom Rath (MSV)** auf eine entsprechende haushaltsrechtliche Ermächtigung. Das Ministerium sehe darin eine Förderungsmöglichkeit für Beschäftigte in den unteren Gruppen: Arbeiter könnten nach drei Jahren in das Angestelltenverhältnis übernommen werden und dann am Bewährungsaufstieg teilnehmen.

2 Verschiedenes

a) Ausbringung neuer Stellen als Beamtenplanstellen oder Angestelltenstellen

Abgeordneter Walsken (SPD) weist darauf hin, daß mit dem Haushaltsentwurf 1995 die Ausbringung neuer Stellen in verschiedenen Ressorts - in der Regel unter gleichzeitiger Absetzung anderer Stellen - beantragt worden sei. Im Verlauf der Beratungen sei mehrfach die Frage aufgetreten - beispielsweise bei einer Stelle für Unna-Massen und einer für die Landesfeuerweherschule -, warum es sich im Einzelfall um eine Beamten- oder Angestelltenstelle handele. Er bitte, für die neuen Beamtenplanstellen einmal darzulegen, warum es zwingend erforderlich sei, daß für den jeweiligen Aufgabenbereich gerade eine Beamtenplanstelle ausgewiesen